

Andreas Beelmann ·  
Danny Michelsen *Hrsg.*

# Rechtsextremismus, Demokratiebildung, gesellschaftliche Integration

Interdisziplinäre Debatten und  
Forschungsbilanzen

 Springer VS

---

Rechtsextremismus, Demokratiebildung,  
gesellschaftliche Integration

---

Andreas Beelmann · Danny Michelsen  
(Hrsg.)

# Rechtsextremismus, Demokratiebildung, gesellschaftliche Integration

Interdisziplinäre Debatten und  
Forschungsbilanzen

 Springer VS

*Hrsg.*

Andreas Beelmann  
Institut für Psychologie  
Friedrich-Schiller-Universität Jena  
Jena, Deutschland

Danny Michelsen  
Zentrum für  
Rechtsextremismusforschung  
Friedrich-Schiller-Universität Jena  
Jena, Deutschland

ISBN 978-3-658-35563-0      ISBN 978-3-658-35564-7 (eBook)  
<https://doi.org/10.1007/978-3-658-35564-7>

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Der/die Herausgeber bzw. der/die Autor(en), exklusiv lizenziert durch Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2022

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von allgemein beschreibenden Bezeichnungen, Marken, Unternehmensnamen etc. in diesem Werk bedeutet nicht, dass diese frei durch jedermann benutzt werden dürfen. Die Berechtigung zur Benutzung unterliegt, auch ohne gesonderten Hinweis hierzu, den Regeln des Markenrechts. Die Rechte des jeweiligen Zeicheninhabers sind zu beachten.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen. Der Verlag bleibt im Hinblick auf geographische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutionsadressen neutral.

Planung/Lektorat: Jan Treibel

Springer VS ist ein Imprint der eingetragenen Gesellschaft Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH und ist ein Teil von Springer Nature.

Die Anschrift der Gesellschaft ist: Abraham-Lincoln-Str. 46, 65189 Wiesbaden, Germany

---

## Vorwort

Vor zehn Jahren wurde die Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) der Öffentlichkeit bekannt. Die Täter\*innen waren in den 90er Jahren in der Thüringer Neonaziszene politisch sozialisiert worden, die in dieser Zeit nicht nur in ländlichen Regionen des Freistaates, sondern auch in urbanen Räumen wie dem Jenaer Stadtteil Winzerla, wo die drei NSU-Terrorist\*innen aufgewachsen waren, in der Jugendkultur stark verwurzelt war. Die breite gesellschaftliche Debatte über Konsequenzen aus der NSU-Affäre hat in Thüringen zu einer Stärkung von zivilgesellschaftlichen Initiativen und von Präventionsprogrammen geführt, die sich nicht zuletzt in einer Überarbeitung und einem deutlichen Ausbau des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit niedergeschlagen hat. Aber auch die Ressourcen für die wissenschaftliche Analyse des Phänomens Rechtsextremismus wurden ausgeweitet: An der Friedrich-Schiller-Universität Jena konnte 2013 das Kompetenzzentrum Rechtsextremismus (KomRex) gegründet werden, das die Jenaer Forschungsaktivitäten in diesem Themenfeld bündeln, miteinander vernetzen und neue Schwerpunkte setzen sollte. Das KomRex, das jedes Jahr eine Reihe von Analysen zum Stand der politischen Kultur und zur extremen Rechten vorlegt – u.a. den THÜRINGEN-MONITOR und die „Topografie des Rechtsextremismus in Thüringen“ –, ist seit seiner Gründung schnell gewachsen: Insgesamt zählt es heute 53 Mitglieder, die jedoch nicht nur aus Disziplinen kommen, welche sich klassischerweise mit Phänomen wie Rechtsextremismus, Radikalisierung und Demokratiebildung auseinandersetzen – Politikwissenschaft, Soziologie, Psychologie, Geschichte und Erziehungswissenschaften –, sondern z.B. auch aus der Geographie, Kunstgeschichte, Theologie, Stadtforschung und aus der Rechtswissenschaft. Das KomRex bietet daher eine hervorragende Umgebung für eine

interdisziplinäre Annäherung an diese Phänomene. Der vorliegende Band soll einen Einblick in die unterschiedlichen Forschungszugänge geben.

Als das KomRex gegründet wurde, konnte freilich keine\*r der Beteiligten ahnen, wie sehr die gesellschaftliche Relevanz der Rechtsextremismus- und Radikalisierungsforschung in den folgenden Jahren noch zunehmen würde. Seit dem Beginn der Asyldebatten, die auf dem Höhepunkt der Flüchtlingsmigration in den Jahren 2014 bis 2016 verstärkt geführt wurden, hat sich in der politischen Kultur der Bundesrepublik ein Polarisierungs- und Radikalisierungsprozess vollzogen, der sich nicht zuletzt in einer Zunahme der Politisch motivierten Kriminalität – rechts – (im Vergleich zur ersten Hälfte der vergangenen Dekade), aber auch in der Entstehung fremdenfeindlicher Gruppierungen wie PEGIDA und der Verankerung der rechtspopulistischen (laut dem Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) in Teilen rechtsextremistischen) Alternative für Deutschland (AfD) im deutschen Parlamentarismus niedergeschlagen hat. Ein nüchterner Blick auf die besonders erschütternden rechtsterroristischen Gewaltverbrechen der jüngeren Zeit – hier ist der Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke im Juni 2019, der Anschlag auf die Synagoge in Halle vier Monate später und der Anschlag von Hanau im Februar 2020 zu nennen – macht deutlich, dass der Rechtsextremismus eine wachsende Bedrohung für unsere Gesellschaft darstellt. Die Fragen, mit denen sich Rechtsextremismus- und Radikalisierungsforscher\*innen beschäftigen, sind daher aktueller denn je: Was sind die Ursachen von Radikalisierungsprozessen und wie können wir ihnen am effektivsten vorbeugen? Welche organisatorischen und ideologischen Wandlungsprozesse hat die rechtsextreme Szene in den vergangenen Jahren durchlaufen und welche neuen Gefahren ergeben sich daraus für Staat und Zivilgesellschaft? Welche psychologischen Erklärungen für die Unterstützung rechtsextremistischer und -populistischer Parteien gibt es und warum ist die ostdeutsche Bevölkerung dafür besonders anfällig?

Diese und andere Fragen sind es, denen wir uns am KomRex aus ganz unterschiedlichen Perspektiven annähern. Wir sind allerdings der Meinung, dass eine fruchtbare Auseinandersetzung mit demokratiefeindlichen Bestrebungen nicht bei einer Analyse entsprechender Einstellungsmuster oder Bewegungsstrukturen stehen bleiben sollte. Auch die Frage nach geeigneten Gegenmaßnahmen des Staates, der Zivilgesellschaft und der politischen Bildung bedarf einer wissenschaftlichen Erörterung. Am KomRex gehen wir z.B. der Frage nach, was eine moderne Demokratiepädagogik im Kampf gegen fremdenfeindliche und illiberale Einstellungen leisten kann und wie entwicklungsorientierte Präventionsmaßnahmen aussehen könnten, die verhindern sollen, dass auf der Individualebene rechtsextreme Denkmuster überhaupt erst entstehen. Daher enthält dieser Band

auch mehrere Beiträge, die neuere didaktische Ansätze zur Förderung demokratischer Einstellungen und der Akzeptanz von ethnischer, kultureller und religiöser Vielfalt diskutieren, sowie einen Aufsatz, in dem ein Konzept der entwicklungsorientierten Radikalisierungsprävention formuliert wird.

Ein Thema, an dem sich die Radikalisierung des politischen Diskurses in den westlichen Gesellschaften in den vergangenen Jahren besonders deutlich entzündet hat, ist der Umgang mit Migration und die Integration von Geflüchteten. Man braucht kein\*e große\*r Prophet\*in zu sein, um in Fragen der Migration und der Integration eine zentrale Zukunftsaufgabe unserer Gesellschaft und auch der Weltgemeinschaft zu sehen. Zunehmende Ressourcenkonflikte, Globalisierung, wachsende Konkurrenz um neue Märkte, soziale Ungleichheiten, dies alles sind Bedingungen, die Konflikte schüren, neue und alte Vorurteile gegenüber „Anderen“ provozieren und bisherigen Errungenschaften – politische, humanitäre und soziale – massiv belasten. Wie wollen wir damit umgehen, dass weltweit immer mehr Menschen vor Krieg, Verfolgung und aus wirtschaftlicher Not ihre Heimat verlassen? Was geschieht, wenn wir unseren materiellen Wohlstand nicht mehr – jedenfalls nicht mehr in dieser Form – halten können, weil auch andere Nationen und Menschen aus sogenannten Entwicklungsländern nicht länger ein kümmerliches Dasein fristen wollen? Verstärkter Handel und Wirtschaftswachstum kann – jedenfalls aus unserer Sicht – keine ausreichende Antwort auf diese Fragen sein, wenn wir die begrenzten Ressourcen unserer Erde – nicht nur Rohstoffe, sondern auch und insbesondere unsere natürlichen Lebensgrundlagen – und die noch immer rasant steigende Weltbevölkerung ernsthaft berücksichtigen. Im Band befassen sich daher mehrere Aufsätze mit Möglichkeiten, Integrationsprozesse in unserer Gesellschaft human zu gestalten und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken.

Die genannten Herausforderungen wissenschaftlich zu begleiten und zu beforschen, halten wir für eine unverzichtbare Voraussetzung dafür, dass die Probleme nicht zu massiven und auch gewaltsamen Auseinandersetzungen innerhalb und zwischen Nationen führen. Wir tun jedenfalls gut daran, bei derartig epochalen Herausforderungen wissenschaftlich prospektiv zu handeln und uns nicht nur als retrospektive Erklärer\*innen zu definieren. Unser Motto *Wirkung durch Versachlichung* verweist darauf, dass die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Demokratiebildung und Fragen der Integration zuweilen allzu polemisch verläuft. Dies ist leider nicht nur bei gesellschaftlichen Interessengruppen, der Politik, den Medien, sondern auch bei Personen und Institutionen zu beobachten, die für ihre Beiträge einen wissenschaftlichen Anspruch erheben. Sicher: Wissenschaftlichkeit ist divers und es existieren keine allgemeingültigen Vorstellungen davon, was als wissenschaftlich zu betrachten ist und was nicht.

Gleichwohl ist Wissenschaft zuvorderst durch den Anspruch gekennzeichnet, Phänomene objektiv und jenseits eigener politischer Interessen zu untersuchen und Lösungen für gesellschaftliche Probleme zu entwickeln. Nun ist wissenschaftliche Erkenntnis nicht notwendigerweise komplex – es gibt tatsächlich auch einfache Weisheiten –, aber in der Regel ist sie doch so strukturiert, dass man die Zusammenhänge nicht in simple Zusammenfassungen pressen kann; jedenfalls nicht, wenn man unangemessen verkürzt und damit den Kern der Erkenntnis aus den Augen verliert. Mit diesem Spannungsfeld von Komplexität und Außenwirkung sollte die Wissenschaft selbstbewusst umgehen und von den Rezipient\*innen verlangen, sich mit manchmal schwerer Kost auseinandersetzen zu müssen und Zeit zu investieren.

In diesem Sinne versammelt der vorliegende Band Beiträge aus unterschiedlichen Disziplinen, die im Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration an der Friedrich-Schiller-Universität Jena zustande gekommen sind. Wir möchten die Leser\*innen einladen, einen Einblick in unsere Forschungen zu bekommen, die dem Ideal einer freien, unabhängigen und objektiven Wissenschaft folgen, welche gleichwohl gesellschaftliche Positionen bezieht. Aber urteilen Sie selbst: Wissenschaftliche Erkenntnis ist nicht nur immer revisionsbedürftig, weil sich die sozialen Kontexte ändern, in denen die Phänomene auftreten. Sie muss auch revisionsfähig sein, ansonsten wird sie zu einem Instrument individueller, politischer und gesellschaftlicher Interessen.

Als Herausgeber möchten wir allen Autor\*innen danken, die durch ihre Bemühungen, einen allgemeinverständlichen Einblick in ihre Forschungen zu geben, eine derart breite und vielfältige Darstellung erst möglich gemacht haben. Ein großer Dank geht außerdem an Kathrin Althaus, Daniela Brinkmann, Juliane Dingfelder und Marie Mohrmüller, die uns beim Lektorieren der Texte tatkräftig unterstützt haben. Beim Springer-Verlag und insbesondere bei Kerstin Zeiger möchten wir uns für die freundliche und professionelle Betreuung bedanken, die sehr zum Gelingen des Buchprojektes beigetragen hat.

Jena  
im Juni 2021

Andreas Beelmann  
Danny Michelsen



---

# Inhaltsverzeichnis

<b>Zur Genese des KomRex</b> .....	1
Klaus Dicke	
<b>Rechtsextremismus und politische Einstellungsforschung</b>	
<b>Wirkung durch Versachlichung? Der THÜRINGEN-MONITOR und die Politik</b> .....	13
Heinrich Best	
<b>Was messen und wie messen wir, wenn wir ‚Rechtsextremismus‘ messen? Eine Validierung auf der Grundlage des THÜRINGEN-MONITORS</b> .....	27
Heinrich Best und Lars Vogel	
<b>Einstellungen zur Demokratie in Thüringen: Analysen zu Stabilität und Wandel aus der Langzeitperspektive des THÜRINGEN-MONITORS</b> .....	59
Jörg Hebenstreit, Ossip Fürnberg und Marion Reiser	
<b>Rechtsextremismus als sozialräumlich differenziertes Strukturphänomen: Die „Topografie des Rechtsextremismus in Thüringen“</b> .....	81
Marius Miehle und Axel Salheiser	
<b>Zur Psychologie der Unterstützung rechtspopulistischer Parteien und Politiker*innen</b> .....	103
Tobias Rothmund und Carolin-Theresa Ziemer	

<b>Die Parlamentspraxis einer „fundamentaloppositionellen Bewegungsfraktion“</b> .....	127
Franziska Schmidtke	
<b>Radikalisierung als Problem der Sozialentwicklung: Bedingungen und Präventionsmöglichkeiten</b> .....	153
Andreas Beelmann	
<b>Entwicklungskontext Schule: Schulische Faktoren und Intergruppen-Einstellungen im Jugendalter</b> .....	179
Katharina Eckstein und Peter Noack	
<b>Raumeroberung von Rechts: Wie die demokratische Gesellschaft durch Raumanneignung an Boden verliert</b> .....	203
Frank Eckardt	
<b>(Des)Integration als Medienthema</b> .....	225
Georg Ruhrmann und Lars Guenther	
<b>Demokratiebildung, Prävention und gesellschaftliche Integration</b>	
<b>Was ist Demokratiebildung?</b> .....	251
Michael May	
<b>Misstrauen als ambivalente Ressource liberaler Demokratien: Perspektiven der Demokratietheorie und der politischen Bildung</b> .....	265
Jan Batzer und Danny Michelsen	
<b>Vielfalt in der Gesellschaft – eine vielfältige Gesellschaft? Vielfalt in der Religion – eine vielfältige Religion?</b> .....	285
Katharina Muth, Sophie Seher, Michael Wermke und Milena Morosoli	
<b>Rechtsextremismus als Herausforderung zeitgenössischer Kunst</b> .....	311
Verena Krieger	
<b>Erfahrungen, Perspektiven und Integrationsvorstellungen</b>	
<b>Geflüchteter</b> .....	337
Juliane Dingfelder und Andreas Beelmann	
<b>Politische Einstellungen Geflüchteter: Zur Wirksamkeit einer Integrationskursteilnahme</b> .....	363
Sebastian Lutterbach und Andreas Beelmann	

---

<b>Prävention von Armuts- und Migrationsfolgen: Befunde einer Meta-Analyse zur Wirksamkeit psychosozialer und bildungsbezogener Interventionen bei Kindern und Jugendlichen</b> .....	383
Andreas Beelmann und Louisa S. Arnold	
<b>Global Understanding. Geographische Weltbilder, Nachhaltigkeit und politische Orientierung</b> .....	413
Benno Werlen	

---

# Herausgeber- und Autorenverzeichnis

---

## Über die Herausgeber

**Prof. Dr. Andreas Beelmann** ist Professor für Forschungssynthese, Intervention und Evaluation am Institut für Psychologie und seit 2016 Direktor des Zentrums für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Schwerpunkte seiner Forschungen sind die Prävention von Entwicklungs- und Verhaltensstörungen im Kindes- und Jugendalter, Methoden und Probleme der Evaluationsforschung, meta-analytische Arbeiten und Forschungsreviews zu präventiven und klinischen Interventionen, die Implementations- und Transferforschung, die Entwicklungspsychopathologie dissozialer Verhaltensprobleme, die Entwicklung und Prävention von Vorurteilen und Förderung von Toleranz, die Prävention von Armuts- und Migrationsfolgen sowie die entwicklungsorientierte Prävention von Radikalisierung und Extremismus. E-Mail: [andreas.beelmann@uni-jena.de](mailto:andreas.beelmann@uni-jena.de)

**Dr. Danny Michelsen** ist Politikwissenschaftler und Geschäftsführer des Zentrums für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Forschungsschwerpunkte: Politische Theorie und Ideengeschichte, parteiförmiger Rechtsextremismus und -populismus in Westeuropa, Parteiensystem Großbritanniens. E-Mail: [danny.michelsen@uni-jena.de](mailto:danny.michelsen@uni-jena.de)

## Autorenverzeichnis

**Dipl.-Psych. Louisa S. Arnold** Friedrich-Schiller-Universität Jena, Institut für Psychologie, Jena, Deutschland. E-Mail: [louisa.arnold@uni-jena.de](mailto:louisa.arnold@uni-jena.de)

**Jan Batzer, M.Sc** Friedrich-Schiller-Universität Jena, Jena, Deutschland. E-Mail: [jan.batzer@uni-jena.de](mailto:jan.batzer@uni-jena.de)

**Prof. Dr. Andreas Beelmann** Institut für Psychologie, Friedrich-Schiller-Universität Jena, Jena, Deutschland. E-Mail: [andreas.beelmann@uni-jena.de](mailto:andreas.beelmann@uni-jena.de)

**Prof. Dr. Heinrich Best** Friedrich-Schiller-Universität Jena, Jena, Deutschland. E-Mail: [heinrich.best@uni-jena.de](mailto:heinrich.best@uni-jena.de)

**Prof. em. Dr. Klaus Dicke** Friedrich-Schiller-Universität Jena, Jena, Deutschland. E-Mail: [klaus.dicke@uni-jena.de](mailto:klaus.dicke@uni-jena.de)

**Juliane Dingfelder, M.Sc** Deutsches Jugendinstitut, München, Deutschland. E-Mail: [dingfelder@dji.de](mailto:dingfelder@dji.de)

**Prof. Dr. Frank Eckardt** Bauhaus-Universität Weimar, Weimar, Deutschland. E-Mail: [Frank.Eckardt@uni-weimar.de](mailto:Frank.Eckardt@uni-weimar.de)

**Dr. Katharina Eckstein** Institut für Psychologie, Friedrich-Schiller-Universität Jena, Jena, Deutschland. E-Mail: [katharina.eckstein@uni-jena.de](mailto:katharina.eckstein@uni-jena.de)

**Dr. Ossip Fürnberg** Friedrich-Schiller-Universität Jena, Jena, Deutschland. E-Mail: [ossip.fuernberg@uni-jena.de](mailto:ossip.fuernberg@uni-jena.de)

**Dr. Lars Guenther** Universität Hamburg, Hamburg, Deutschland. E-Mail: [Lars.Guenther@uni-hamburg.de](mailto:Lars.Guenther@uni-hamburg.de)

**Dr. Jörg Hebenstreit** Friedrich-Schiller-Universität Jena, Jena, Deutschland. E-Mail: [joerg.hebenstreit@uni-jena.de](mailto:joerg.hebenstreit@uni-jena.de)

**Prof. Dr. Verena Krieger** Friedrich-Schiller-Universität Jena, Jena, Deutschland. E-Mail: [verena.krieger@uni-jena.de](mailto:verena.krieger@uni-jena.de)

**Sebastian Lutterbach, M.Sc.** Friedrich-Schiller-Universität Jena, Jena, Deutschland. E-Mail: [sebastian.lutterbach@uni-jena.de](mailto:sebastian.lutterbach@uni-jena.de)

**Prof. Dr. Michael May** Friedrich-Schiller-Universität Jena, Jena, Deutschland. E-Mail: [m.may@uni-jena.de](mailto:m.may@uni-jena.de)

**Dr. Danny Michelsen** Friedrich-Schiller-Universität Jena, Jena, Deutschland.  
E-Mail: [danny.michelsen@uni-jena.de](mailto:danny.michelsen@uni-jena.de)

**Marius Miehle** Friedrich-Schiller-Universität Jena, Jena, Deutschland. E-Mail:  
[marius.miehle@uni-jena.de](mailto:marius.miehle@uni-jena.de)

**Milena Morosoli** Jena, Deutschland. E-Mail: [milena.morosoli@gmx.de](mailto:milena.morosoli@gmx.de)

**Dr. Katharina Muth** Friedrich-Schiller-Universität Jena, Jena, Deutschland.  
E-Mail: [katharina-muth@gmx.de](mailto:katharina-muth@gmx.de)

**Prof. Dr. Peter Noack** Institut für Psychologie, Friedrich-Schiller-Universität  
Jena, Jena, Deutschland. E-Mail: [peter.noack@uni-jena.de](mailto:peter.noack@uni-jena.de)

**Prof. Dr. Marion Reiser** Friedrich-Schiller-Universität Jena, Jena, Deutschland.  
E-Mail: [marion.reiser@uni-jena.de](mailto:marion.reiser@uni-jena.de)

**Prof. Dr. Tobias Rothmund** Friedrich-Schiller-Universität Jena, Jena, Deutsch-  
land. E-Mail: [tobias.rothmund@uni-jena.de](mailto:tobias.rothmund@uni-jena.de)

**Prof. Dr. Georg Ruhrmann** Friedrich-Schiller-Universität Jena, Jena, Deutsch-  
land. E-Mail: [Georg.Ruhrmann@uni-jena.de](mailto:Georg.Ruhrmann@uni-jena.de)

**Dr. Axel Salheiser** Friedrich-Schiller-Universität Jena, Jena, Deutschland.  
E-Mail: [axel.salheiser@uni-jena.de](mailto:axel.salheiser@uni-jena.de)

**Dr. Franziska Schmidtke** Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Thüringen,  
Erfurt, Deutschland. E-Mail: [franziska.schmidtke@fes.de](mailto:franziska.schmidtke@fes.de)

**Dr. Sophie Seher** Friedrich-Schiller-Universität Jena, Jena, Deutschland.  
E-Mail: [sophie.seher@uni-jena.de](mailto:sophie.seher@uni-jena.de)

**Dr. Lars Vogel** Universität Leipzig, Leipzig, Deutschland. E-Mail: [lars.vogel@uni-leipzig.de](mailto:lars.vogel@uni-leipzig.de)

**Prof. Dr. Benno Werlen** Friedrich-Schiller-Universität Jena, Jena, Deutschland.  
E-Mail: [benno.werlen@uni-jena.de](mailto:benno.werlen@uni-jena.de)

**Prof. Dr. Michael Wermke** Friedrich-Schiller-Universität Jena, Jena, Deutsch-  
land. E-Mail: [michael.wermke@uni-jena.de](mailto:michael.wermke@uni-jena.de)

**Carolin-Theresa Ziemer, M.Sc.** Friedrich-Schiller-Universität Jena, Jena,  
Deutschland. E-Mail: [carolin.ziemer@uni-jena.de](mailto:carolin.ziemer@uni-jena.de)



---

# Zur Genese des KomRex

Klaus Dicke

Gründungsgeschichten stehen oft in der Gefahr, zum Gründungsmythos zu mutieren. Dies gilt besonders dann, wenn Beteiligte sie erzählen und wenn sich in den Rückblick Freude über den erreichten Stand mischt. Ich war beteiligt, und ich gebe unumwunden meine Freude darüber zu, dass auf der Homepage des Zentrums für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration (KomRex) zahlreiche Forschungsprojekte aufgelistet sind, von Semester zu Semester eine Vielzahl von Veranstaltungen angeboten wird, der thematische Fokus sinnvoll erweitert wurde und der Einzug in neue Räume eine Vitaminspritze setzt und Zukunft signalisiert. Der Gefahr, ins Mythische abzugleiten, suche ich dadurch zu begegnen, dass ich mich, soweit mir dies möglich ist, an Aufzeichnungen, Texte und Presseberichte halte, insbesondere was den eigentlichen Gründungsprozess vom Herbst 2011 bis zum Frühjahr 2013 betrifft. Ehe ich den Ablauf dieses Gründungsprozesses darstelle, ist jedoch im ersten Schritt auf die Vorgeschichte einzugehen. Am Schluss sollen dann einige persönliche Beobachtungen und Bemerkungen stehen.

---

Bei diesem Text handelt es sich um einen überarbeiteten Vortrag, den der Autor bei einer öffentlichen Veranstaltung des KomRex am 30. Juni 2017 gehalten hat. Der Autor hat den Prozess der Gründung des KomRex seinerzeit als Rektor der Friedrich-Schiller-Universität mitinitiiert und gefördert.

---

K. Dicke (✉)  
Friedrich-Schiller-Universität Jena, Jena, Deutschland  
E-Mail: [klaus.dicke@uni-jena.de](mailto:klaus.dicke@uni-jena.de)

## 1 Vorgeschichte

Mit den ausländerfeindlichen Gewaltausbrüchen in Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen und Schmölln standen das Thema des Rechtsextremismus und insbesondere das Thema Rechtsextremismus in Ostdeutschland auf der Tagesordnung. Die damalige Universitätszeitung der FSU, die Alma Mater Jenensis, hat ihre Ausgabe vom 3. November 1992 dem Thema „Rechtsradikalismus, Ausländerfeindlichkeit sowie Asylproblematik“ gewidmet. Neben Berichten ausländischer Studierender von Übergriffen haben der Psychologe Wolfgang Frindte und der Jurist Günther Kräupl über ihre Forschungen zu extremistischer Gewalt Jugendlicher geschrieben. Als ich 1995 meine Professur in Jena antrat, hatte das Collegium Europaeum Jenense gerade eine Ringvorlesung publiziert in der expliziten Absicht, eine Vielfalt von im SED-Staat unbekanntem Methoden zur Untersuchung rechtsextremer Gewalt zu präsentieren (Zwiener et al. 1995; Collegium Europaeum Jenense 2000). Wolfgang Frindte hatte an den Beginn seines Beitrages eine erschreckend lange Liste von Berichten der Thüringischen Landeszeitung über einzelne ausländerfeindliche Übergriffe gestellt. Der Band hat eine beachtliche Breite einzelner, freilich unverbunden nebeneinander stehender Forschungsansätze sichtbar gemacht.

In der rückblickenden Bewertung der 1990er Jahre ist folgendes festzuhalten:

1. Man wusste. In der erwähnten Ausgabe der Unizeitung lautet eine Bildunterschrift: „Auch in Jena existiert ein rechtsradikales Gewaltpotential“.
2. Thematisierungen blieben Episode. Presseberichte einzelner Fälle und akademische Veranstaltungen fanden zwar Aufmerksamkeit, die aber auch wieder abebbte, jedenfalls nicht auf ein konsistentes Problembewusstsein einer breiten Öffentlichkeit stieß.
3. Für letzteres gab es Gründe: Mir ist mindestens ein Fall bekannt geworden, in dem über ein Treffen rechtsextremer Verbindungen aus Angst vor Image-Verlust nicht berichtet wurde. Zudem bot das in mehreren Disziplinen und Subdisziplinen der Sozial-, Rechts- und Geisteswissenschaften fragmentierte Feld der Extremismusforschung ein wenig klares Bild. Typisch erscheint mir rückblickend ein Artikel von Fritz Schenk in der FAZ vom 30. Juli 1994: „Bewegung ohne Ziel: Der Extremismus in den neuen Bundesländern: gewaltbereit, uneinheitlich und nur schwer zu durchschauen“, dessen These, man könne ob des Fehlens von Kohärenz schaffender Organisation und Steuerung die Szene nur schwer durchschauen, doch an den soziologischen Gegebenheiten und dem damaligen Forschungsstand vorbeiging.



Mit der Einführung des jährlichen THÜRINGEN-MONITORS ab 2000 begann sich das Bild zu ändern: Die jährlich vorgelegten Daten zu rechtsextremen Einstellungen und ihre Erläuterungen hatten ein rapide anwachsendes öffentliches Interesse für Zusammenhänge zur Folge. Die Autoren des THÜRINGEN-MONITORS 2000, zu denen ich zählte, erreichte eine große Zahl von Vortragsanfragen aus vielen gesellschaftlichen Bereichen: Wirtschaft, Kirchen, Träger politischer Bildung und Hochschulen aus allen Teilen Thüringens. Die repetitive Präsentation von Größenordnungen rechtsextremer Einstellungen in Verbindung mit differenzierenden Variablen – Alter, Sozialstatus, Bildungsabschluss, Konfessionszugehörigkeit u. a. – schuf und verdichtete ein nunmehr kohärenteres Problembewusstsein. Ich verweise nur auf die Diskussionen in der evangelischen Kirche nach 2000: Die ersten beiden THÜRINGEN-MONITORE hatten einen relativ hohen Anteil rechtsextremer Einstellungen bei Protestanten erhoben. Die Folge in Jena war nicht zuletzt die, dass der Widerstand der Stadt gegen das sogenannte „Fest der Völker“ 2007 und gegen ähnliche Provokationen in den Folgejahren auf eine recht breite und problembewusste Basis gestellt werden konnte. Beides verstärkte sich gegenseitig, Rechtsextremismus wurde aus unmittelbarer Erfahrung heraus zum Thema der Zivilgesellschaft. Und nicht zuletzt resultierte dies im „Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit“, das nach einer Erklärung aller Fraktionen des Thüringer Landtages vom 29. September 2009 Ende 2010 im Kabinett verabschiedet werden konnte.

---

## **2 Die Genese des Kompetenzzentrums Rechtsextremismus**

Soviel in aller Kürze zur Vorgeschichte der Genese des KomRex, die mit den Eisenacher Ereignissen vom 4. November 2011 und den in den darauffolgenden Tagen und Wochen erfolgten Enthüllungen über die Verbrechen der Terrorzelle des NSU und das schier unbegreifliche Versagen staatlicher Stellen begann. Beides löste massive und langanhaltende „Was nun?“-Effekte aus; die Frage war über Wochen und Monate Tagesgespräch und wurde 2012 zum Veranstaltungsthema an fast allen Thüringer Hochschulen. Die Situation in Jena und damit auch an der FSU war in dreifacher Weise eine besondere:

Erstens kam die Zelle aus Jena, und nicht nur die Veranstaltungen zum Gedenken der Opfer machten allen Verantwortlichen klar, dass man darüber nicht einfach zur Tagesordnung übergehen konnte. Zweitens hatten Stadt und Zivilgesellschaft durch den Runden Tisch für Demokratie und „Kokont“ – die

Koordinierungsstelle des Jenaer Stadtprogramms und das Kontaktbüro des Runden Tisches – Organisationsformen geschaffen, die auf Handeln drängten. Und drittens war die Luft voller Fragen v. a. dahin gehend, wie man das hat übersehen können und wie ein „nie wieder“ anzugehen sei.

Über zahlreiche Gespräche in Universität, Stadt und Land hinaus haben zwei Initiativen einzelner Wissenschaftler Marksteine gesetzt: Der Soziologe Klaus Dörre hat ein im Jahr 2012 mit mehreren Veranstaltungen hervortretendes Projekt eingeworben und durchgeführt, das sich v. a. auf praxeologische Fragen im lokalen Kontext konzentrierte und aus dem u. a. die später preisgekrönte Magisterarbeit des Rechtsextremismusforschers Matthias Quent hervorging. Die Ausrichtung seines Projekts fand ich deshalb überzeugend, weil ich die politische Kulturforschung zwar als weiterhin notwendig, aber zugleich auch durch die Erarbeitung konkreter Handlungsoptionen ergänzungsbedürftig empfand. Zweitens war der Theologe Martin Leiner mit dem Plan einer Podiumsdiskussion oder eines öffentlichen Workshops an mich herangetreten. Die Überlegungen zu der konkreten Ausgestaltung einer solchen Veranstaltung, aber auch weitere Initiativen, haben eine doch recht große Bandbreite einzelner, miteinander aber nicht verbundener Forschungen an der FSU zu Fragestellungen sichtbar werden lassen, die das Thema Rechtsextremismus mindestens berührten.

Nun sah sich die Universitätsleitung seit Anfang 2012 mit der von verschiedenen Seiten – intern wie extern – vorgetragenen Forderung konfrontiert, einen Lehrstuhl zur Erforschung des Rechtsextremismus einzurichten; mir lag eine inhaltliche Skizze vor. Diese Vorstöße haben die Universitätsleitung nicht überzeugen können. Ausschlaggebend war die Überlegung, dass eine Professur – wo immer sie angesiedelt sei – Forschungen zum Rechtsextremismus wohl eher auf eine Disziplin oder Subdisziplin verengt hätte. Demgegenüber schien es dem Gros der Beteiligten zielführender, die in Jena ja vorhandenen multidisziplinären Kompetenzen zusammen zu führen und das Feld in der Vielfalt disziplinärer Kompetenzen zu bearbeiten. In diesem Sinne wurde bei 2012/2013 anstehenden Berufungen in zwei Fällen – Politikdidaktik und Strafrecht – eine Kompetenz für den Rechtsextremismus betreffende Fragen mindestens mit berücksichtigt; einer der beiden damals Berufenen saß auch bald im Direktorium des KomRex. Der Erfolg des Zentrums scheint mir die damalige Entscheidung zu rechtfertigen.

Am 9. Februar 2012 fand nun das von Martin Leiner initiierte und vorbereitete Podiumsgespräch in den voll besetzten Rosensälen statt. In einem einleitenden Statement habe ich zunächst die Notwendigkeit betont, eine Neubewertung des Umgangs mit Rechtsextremismus vorzunehmen und die Fächer, Institute und Forscher, die über einschlägige Kompetenzen verfügen, gebeten, Fragestellungen unter Berücksichtigung handlungsorientierter Konsequenzen zu

entwickeln. Überdies habe ich für drei Maßnahmen um Unterstützung gebeten. Neben einer für das WS 2012/2013 auszurichtenden Ringvorlesung zu „Demokratie und Rechtsextremismus“ sowie der Erarbeitung eines „Thüringer Aktionsplans Demokratiebildung“ zum 1. Oktober durch das Zentrum für Lehrerbildung und Bildungsforschung war dies die Einrichtung des KomRex. Wörtlich sagte ich:

„Die Universität wird Einzelforschungen zu Fragen des Rechtsextremismus aus allen Disziplinen zu einem Kompetenzzentrum zusammenführen. Sie wirbt bei Thüringer Forschern bzw. Institutionen außerhalb der FSU um Mitwirkung und Beteiligung. Dieses Kompetenzzentrum wird mit drei Aufgaben betraut: Erstens den bisherigen Wissensstand in geeigneter Form zu dokumentieren; zweitens neue Forschungen im oben angesprochenen Sinn zu initiieren und auch durch Drittmittelprojekte zu realisieren; drittens als Expertengruppe auf Anfragen aus Politik und Gesellschaft Beratungsleistungen zur Verfügung zu stellen. Die Einrichtung dieses Kompetenzzentrums soll zum 1. Juni 2012 abgeschlossen sein“.

Diese Ankündigung hat breite Resonanz in der Presse gefunden bis hin zum SPIEGEL. Doch sollte bereits der nächste Schritt zeigen, dass die Ankündigung zum 1. Juni voreilig war. Dieser nächste Schritt war ein Workshop am 19. April, an dem 18 Kolleginnen und Kollegen teilnahmen. Die Diskussion verlief in einzelnen Punkten, etwa im Hinblick auf den institutionellen Aufbau, recht kontrovers und erbrachte folgende Ergebnisse: Aufgrund der Diversität möglicher Zielgruppen wurde die Idee einer Ringvorlesung verworfen. Stattdessen sollten drei Schritte in Angriff genommen werden:

1. Die Erarbeitung einer zielgruppenspezifisch aufbereiteten elektronischen wie gedruckten Dokumentation laufender Forschungen und Projekte sowohl als Beratungsangebot für unterschiedliche Zielgruppen als auch als öffentliche Dokumentation der universitären Befassung mit dem Thema Rechtsextremismus;
2. die Vorbereitung eines Workshops im Herbst, um Kooperationsmöglichkeiten auszuloten, Forschungslücken zu identifizieren und Projektideen zu entwickeln, und
3. eine öffentlichkeitswirksame Veranstaltung für Ende des Sommersemesters in Angriff zu nehmen.

Im Sommersemester 2012 wurde eine Reihe von Projekten und Initiativen öffentlich sichtbar. Dies gilt namentlich für das Projekt von Klaus Dörre, das am 19. April einen ersten Expertenworkshop mit großer öffentlicher Resonanz durchführte. Einige Tage zuvor hatte der Demokratiepädagoge Peter Fauser mit seinem Appell an den Bundespräsidenten, Demokratielernen zur „Chefsache“ zu machen,

Aufmerksamkeit erregt. Ende des Sommersemesters konnte der Biologiehistoriker Uwe Hoßfeld sein Buch über „Biologie und Politik“ vorstellen (Hoßfeld 2012). Im Juni war der „Tag der Politikwissenschaft“ dem Thema „Extremismusprävention“ gewidmet; die Einladung des Chemnitzer Extremismusforschers Eckhard Jesse wurde v. a. vom DGB öffentlich kritisiert. Zugleich erreichten mich schriftlich und in zahlreichen Gesprächen Projektideen von „Holocaust education“ über Kunstprojekte bis hin zu elaborierten Konzeptionen zum „Demokratie-Lernen“. Die Bemühungen, andere Thüringer Hochschulen, namentlich die Weimarer Musikhochschule zum Thema „Musik und Rechtsextremismus“ mit an Bord zu holen, blieben leider ohne Ergebnis.

Am Ende des Sommersemesters war Zwischenbilanz zu ziehen, und dies geschah in Gestalt eines Pressegesprächs, an dem neben dem Rektor der Soziologe Heinrich Best und der Psychologe Andreas Beelmann teilnahmen und über das breit berichtet wurde. Inzwischen hatte sich die Konzeption eines Zentrums soweit verdichtet, dass drei Aufgaben benannt wurden: den bisherigen Wissensstand in geeigneter Weise zu dokumentieren (hierzu waren inzwischen Anfragen an alle einschlägigen Institute und Lehrstühle ergangen); ferner neue Forschungsvorhaben mit einem gewissen Schwerpunkt in den Bereichen Intervention und Bildung zu initiieren sowie schließlich als Expertengruppe auf Anfrage aus Politik und Gesellschaft für Beratungsleistungen zur Verfügung zu stehen.

Nach der Sommerpause hat am 10. September die Thüringer Landesregierung in der Berliner Landesvertretung eine Veranstaltung unter breiter Beteiligung der Zivilgesellschaft unter dem Titel „Thüringen gegen Rechtsextremismus – aktuelle Impulse aus Zivilgesellschaft und Wissenschaft“ durchgeführt. Für die Universität konnte ich in sechs Punkten einzelne Forschungen vorstellen und das erste Exemplar des Expertenwegweisers präsentieren. Zugleich habe ich die Planungen für einen Workshop im November sowie Initiativen für Weiterbildungsveranstaltungen der Lehrerfortbildung vorstellen und der Landesregierung für die Bereitstellung einer Stelle für die Koordination des Zentrums danken können.

Die Tagung „Rechtsextremismus im Fokus der Forschung an der Friedrich-Schiller-Universität Jena“ am 14. und 15. November mit insgesamt 16 Referaten auch von auswärtigen Sachverständigen hat einerseits noch einmal die Breite interdisziplinärer Zugriffe auf das Thema Rechtsextremismus dokumentiert, andererseits aber v. a. bei einer öffentlichen Podiumsdiskussion am Abend des 14. November eine deutliche Schwerpunktsetzung auf vier Themenkomplexe widerspiegelt: auf die empirische Forschung zur politischen Kultur, also zu Einstellungen im bewährten Rahmen des THÜRINGEN-MONITORS, auf sozialpsychologische Ursachenforschung, auf Fragen der Intervention einschließlich der

Evaluation sowie auf politische Bildung und „Demokratie-Lernen“. Zugleich bildeten die auf dem Podium vertretenen Wissenschaftler – Andreas Beelmann, Heinrich Best, Wolfgang Frindte und Michael May – den Leitungskern des damit in Gründung begriffenen KomRex.

Nachdem die Einrichtung des Kompetenzzentrums einschließlich einer Finanzierungszusage für eine Koordinatorenstelle bis 2015 in der Ziel- und Leistungsvereinbarung der Universität mit dem Wissenschaftsministerium festgeschrieben war, wurde eine Satzung erarbeitet und die Koordinator\*innenstelle mit der Politikwissenschaftlerin Franziska Schmidtke besetzt. Nach Zustimmung der Gremien hat das Rektorat die Satzung zum 1. Februar 2013 in Kraft gesetzt. Auf der noch im Februar stattfindenden Mitgliederversammlung – das Zentrum hatte 30 Gründungsmitglieder aus Theologie, Geschichte, Soziologie, Psychologie, Kommunikationswissenschaft, Rechtswissenschaft, Kunstgeschichte und Politikwissenschaft; auch Biologie und Medizin waren vertreten – wurde ein Direktorium bestellt und ein umfangreicher Jahresplan 2013 verabschiedet. Auf der ersten Direktoriumssitzung im März wurde Heinrich Best zum ersten Direktor des Zentrums gewählt. Damit war die Gründungsgeschichte des KomRex abgeschlossen.

---

### **3 Beobachtungen und Bemerkungen**

Die sich über ein knappes Jahr hinziehende Gründungsgeschichte des Kompetenzzentrums vollzog sich in einem politisch aufgeheizten Raum unter nicht geringem öffentlichem Druck. Daher konnten Spannungen und Konflikte im Gründungsprozess nicht ausbleiben; ich habe dies mit der öffentlichen Kritik an der Einladung Jesses angedeutet. Nun sind Spannungen und Konflikte zunächst einmal ausgesprochen ergiebige wissenschaftliche Ressourcen. Deshalb ist im Rückblick zunächst festzuhalten, dass den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern des KomRex im Gründungsjahr drei Dinge gelungen sind:

1. Es konnten tragfähige Verständigungen in zentralen Fragen erreicht werden: über die Konzentration auf Rechtsextremismus, über die notwendige – disziplinäre wie auch konzeptionelle und begriffliche – Offenheit interdisziplinären Vorgehens und vor allem über die Intention des Zentrums, durch Forschung abgesicherte Informationen in den öffentlichen Raum zu kommunizieren, um einen Beitrag zu Aufklärung und Versachlichung zu leisten.
2. Schon die Veranstaltungen der Gründungsphase und die Berichterstattung darüber haben in beachtlichem Umfang zur Verbesserung des öffentlichen

Kenntnisstandes und zur Sensibilisierung politischer Urteilsfindung beigetragen. Es soll nicht verschwiegen werden, dass hieran der Mittelbau nicht geringen Anteil hatte.

3. Sowohl die Veranstaltungen als auch die an das KomRex gerichteten Erwartungen und Anfragen haben den Dialog mit der Gesellschaft als eine unverzichtbare Ressource zur Generierung von Forschungsfragen erwiesen. Zahlreiche Anregungen von außen sind in die Konzeption und in die seitherige Arbeit des KomRex eingeflossen.

So erfreulich sich für mich die Genese des KomRex insoweit darstellt, so wenig kann ich aber auch auf einige kritische Anmerkungen verzichten. Ich will sie auf zwei beschränken:

1. Sowohl aus der Politik heraus als auch vonseiten der Presse wurden Erwartungen an die Universität und an die Wissenschaft herangetragen, die bei mir gelegentlich den Eindruck erweckten, dass in der Wissenschaft der große Demiurg und Sozialtechniker gesehen wurde, der als Sachwalter der Objektivität und Kenner der „Gesetzmäßigkeiten“ – ich benutze den Begriff bewusst – die Dinge zum Besseren wenden könne. Und ich möchte ebenso wenig den gelegentlichen Eindruck – auch bei internen Diskussionen – verschweigen, dass der Wille zum Bekenntnis hic et nunc den Weg mühsamer und vor allem viel Zeit erfordernder Suche nach Erkenntnis gelegentlich in die Defensive drängte.
2. Unisono und wiederholt haben die taz, die Thüringische Landeszeitung und die Ostthüringer Zeitung über das entstehende Zentrum unter der Überschrift „Bündelung im Kampf gegen rechts“ berichtet. In der einer vereinfachenden Schlagzeilenlogik folgenden Reduzierung von „rechtsextrem“ auf „rechts“ ist in Wahrheit eine sachlich unangemessene inhaltliche Ausweitung zu sehen, die politische Absichten nicht verbergen kann. Die Sorge vor politischer Instrumentalisierung und Vereinnahmung, die der Seriosität von Wissenschaft immer schadet, hat mich seit der ersten Erklärung im Februar 2012 nicht verlassen.

Nun bin ich weit entfernt davon, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler als politisch sterile Zombies zu betrachten. Jede und jeder folgt, in den Worten Max Webers, dem eigenen „Dämon“. Die von Weber aber völlig zu Recht eingeforderte, für unbefangene Sachaufklärung unerlässliche Wertklarheit lässt sich am besten in einem Kollegium verwirklichen, das sich im Ziel sachlicher Forschung einig ist und darin seine Leidenschaft setzt, das um die notwendige Vielfalt einzuschlagender Wege weiß und das die Offenheit für Kritik und Selbstkritik als wissenschaftsethische Selbstverständlichkeit betrachtet.

Das KomRex ist ein solches Kollegium – „Wirkung durch Versachlichung“! –, und dafür möchte ich allen damals wie heute Beteiligten herzlich danken. Dass sich, wie in den Fortschrittsberichten nachlesbar, Erfolge eingestellt haben, vermerke ich dankbar und erfreut. Man mag dies bedauern, muss aber nüchtern konstatieren: Jena, Thüringen und Deutschland können auf kritische Sachaufklärung durch das KomRex nicht verzichten – wohl auf längere Zeit. Deshalb rufe ich allen Mitgliedern zu: Bleiben Sie am Ball, und bleiben Sie bei der Sache. Und der Politik danke ich für die Förderung des Zentrums sehr herzlich, bitte aber auch um Nachsicht, dass ich mit einem an „die Fürsten Europas“ gerichteten Satz Fichtes schließe: „Stören dürft ihr die freie Untersuchung nicht; befördern dürft ihr sie“ (Fichte 1971, S. 33).

---

## Literatur

- Collegium Europaeum Jenense (Hrsg.). (2000). „*Und willst Du nicht mein Bruder sein ...*“. *Thesen über Rechtsextremismus und jugendliche Gewalt*. Universitätsverlag.
- Fichte, J. G. (1971). Zurückforderung der Denkfreiheit von den Fürsten Europas, die sie bisher unterdrückten. Zur Politik und Moral. In I. H. Fichte (Hrsg.), *Fichtes Werke* (Bd. VI, S. 3–35). de Gruyter.
- Hoßfeld, U. (2012). *Biologie und Politik. Die Herkunft des Menschen* (2. Aufl.). Landeszentrale für politische Bildung.
- Zwiener, U. (Hrsg.). (1995). *Gegen Extremismus und Gewalt. Aktuelle Analysen und Schlussfolgerungen*. Universitätsverlag.

**Klaus Dicke, Prof. em. Dr.**, war Professor für Politische Theorie und Ideengeschichte an der Friedrich-Schiller-Universität Jena und von 2004 bis 2014 deren Rektor. Forschungsschwerpunkte: Politische Ideengeschichte, Hochschulpolitik, Protestantismus, Thüringen.

---

# **Rechtsextremismus und politische Einstellungsforschung**





# Wirkung durch Versachlichung? Der THÜRINGEN-MONITOR und die Politik

Heinrich Best

## 1 Wissenschaft und Politik: unterschiedliche Diskurslogiken

Wenn sich Wissenschaftler als Akteure in das zwischen allgemeiner Öffentlichkeit und Politik gelegene Kommunikationsfeld begeben, warten auf sie Belohnungen in der Form öffentlicher Aufmerksamkeit, weitreichender Wirksamkeit und neuer Einsichten, aber auch das Risiko als Parteigänger und befangene Stichwortgeber in politischen Richtungs- und Machtkämpfen wahrgenommen und etikettiert zu werden. Dabei kann es auch heftig zugehen. Dies erfuhren die wissenschaftlichen Protagonisten des Krisendiskurses um die Covid-19 Epidemie, die doch als Naturwissenschaftler und Mediziner prima facie auf sicherem, über politischen Macht- und Meinungskämpfen erhabenen Grund hätten stehen sollen. Ihr Problem war die prinzipielle Fallibilität wissenschaftlichen Wissens, der epistemologische Grundsatz, dass eine Aussage nur dann beanspruchen kann, wissenschaftlich zu sein, wenn sie falsifizierbar ist. Da Fachkollegen ihre Aussagen im Krisendiskurs sofort diesem Prüf- und Widerlegungsprozess aussetzten, wurden sie sehr bald auch als Grundlagen politischer Entscheidungen fallibel und wurde die Autorität ihrer Autoren infrage gestellt. Diese wurden Opfer der

---

Dieser Text beruht auf einem Vortrag, den ich im September 2019 auf der 1. Jenaer Summer School Bildung: Demokratie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena gehalten habe.

---

H. Best (✉)  
Friedrich-Schiller-Universität Jena, Jena, Deutschland  
E-Mail: [heinrich.best@uni-jena.de](mailto:heinrich.best@uni-jena.de)

Paradoxie, dass genau jene Erkenntnislogik, die ihre wissenschaftliche Reputation begründete, ihre Autorität im öffentlichen Diskurs unterminierte und sie politisch angreifbar machte. Gibt es überhaupt Möglichkeiten, dieses Dilemma aufzulösen? Gibt es eine Möglichkeit sich als Wissenschaftler auf den Feldern politisch-öffentlicher Konfliktdiskurse zu behaupten, aufrecht im Pulverdampf? Gibt es diese Möglichkeit selbst im Bereich der Sozial- und Verhaltenswissenschaften, die doch durchsetzt sind von ex- und impliziten Werturteilen und in denen normative Theorien eine prominente Rolle spielen?

Ich möchte im Folgenden mit Bezug auf diese Fragestellungen über einige Eindrücke, Erfahrungen und Erkenntnisse berichten, die ich als wissenschaftlicher Leiter des THÜRINGEN-MONITORS in den sieben Jahren von 2012 bis 2018 auf der Vorder- und Hinterbühne der Landespolitik gewonnen habe. Als Politikwissenschaftler oder, wie ich, als politischer Soziologe hat man ja allein schon eine gegenstandsbezogene Nahbeziehung zu seinem Forschungsgegenstand. Besonders eng ist sie im Fall des THÜRINGEN-MONITORS, der im Jahr 2000 nach einem Brandanschlag auf die Erfurter Synagoge aufgrund einer Initiative des damaligen Ministerpräsidenten, Bernhard Vogel, ins Leben gerufen wurde.

---

## **2 Demokratieforschung: ein Balanceakt**

Seit nunmehr 20 Jahren liefert der THÜRINGEN-MONITOR jährlich Daten zu den politischen Einstellungen der Thüringer Bevölkerung, aus denen sich ein aktuelles Lagebild zum Zustand der politischen Kultur des Freistaates (und deren Veränderungen im Zeitverlauf) ergibt. Der Hauptfokus liegt dabei stets auf der Messung der Demokratiezufriedenheit und -unterstützung, des Institutionenvertrauens, der Partizipationsbereitschaft, aber auch der Verbreitung rechtsextremer Einstellungen. Nicht nur diese thematische Fokussierung, sondern auch die große Aufmerksamkeit, die dem THÜRINGEN-MONITOR seitens der Landespolitik und der regionalen Medien zuteil wird, bringt es automatisch mit sich, dass seine wissenschaftlichen Leiter in die Sphäre der politischen Öffentlichkeit eintreten.

Der Anlass für die Initiative Bernhard Vogels bestimmt bis heute das sogenannte Standbein der THÜRINGEN-MONITORE: die empirische Erforschung rechtsextremer Einstellungen im Kontext der politischen Kultur des Freistaats auf der Grundlage von Bevölkerungsumfragen. Finanziert wurden und werden die THÜRINGEN-MONITORE aus dem Haushalt der Staatskanzlei, die auch in Abstimmung mit den Landesministerien an der Festlegung des Fragenprogramms und der wechselnden Schwerpunkte der THÜRINGEN-MONITORE beteiligt

ist. Die jährlichen Forschungsberichte werden nach Imprimatur durch die Staatskanzlei durch den wissenschaftlichen Leiter zuerst im Kabinett, anschließend in der Landesmedienkonferenz vorgestellt und danach im Landtag nach einer Regierungserklärung des Ministerpräsidenten debattiert. Es folgt eine mehr oder weniger umfangreiche Medienberichterstattung. Manchmal, wenn der Forschungsbericht geleakt wurde, ging diese Berichterstattung auch der offiziellen Vorstellung des THÜRINGEN-MONITORS voraus.

Offenkundig ist die Arbeit am THÜRINGEN-MONITOR in einem sehr unmittelbaren Wortsinn „politische Wissenschaft“: politisch, was die Absichten seiner Initiatoren und Financiers angeht, politisch, was seine Wirkungen auf die Meinungsbildung und die Wahrnehmung gesellschaftlicher Entwicklungen angeht. Von einem Instrument des Monitorings der politischen Kultur ist der THÜRINGEN-MONITOR zu einem Bestandteil der politischen Kultur des Landes geworden. Das birgt große Anreize, aber auch große Risiken für die beteiligten Wissenschaftler.

Zu den Anreizen: Man braucht sich beim THÜRINGEN-MONITOR keine Gedanken über die öffentliche Sichtbarkeit und Wirksamkeit seiner Forschung zu machen; sie sind durch die Resonanzkörper des politischen Betriebs und des Mediensystems bestens gewährleistet. Zu den Risiken: man begibt sich in das Minenfeld einer politisierten Rechtsextremismusforschung, die seit ihren Anfängen in den 1970er Jahren als eine Gefahrenzone für Sozialwissenschaftler markiert ist.

Wie gelangt man halbwegs heil durch einen normativ hoch geladenen Parteienstreit um den Rechtsextremismus, seine Definition, seine Verbreitung und seine Wirkungen auf unsere politische und soziale Ordnung? Man hat die Wahl, sich ganz auf die normative Anmutung des Forschungsgegenstandes einzulassen und Rechtsextremismusforschung als politische Pädagogik zu betreiben oder den Weg einer streng an den Kriterien der Objektivität sozialwissenschaftlicher Erkenntnis ausgerichteten empirischen Forschung zu gehen.

Das Forscherteam der Universität Jena, das im Jahr 2000 unter der wissenschaftlichen Leitung des Politikwissenschaftlers Karl Schmitt den ersten THÜRINGEN-MONITOR auf den Weg brachte, wählte die zweite Option. Diese Ausrichtung hatte, soweit ich das überblicke, zwei Gründe: zum einen die an den Standards der Kölner Schule der empirischen Sozialforschung orientierte methodologische Ausrichtung der Protagonisten, zum anderen die Möglichkeit, unter Berufung auf diese Standards Anmutungen und Anwürfe aus dem politischen Betrieb abzuwehren. Dabei war weniger an den damaligen Ministerpräsidenten zu denken, der ja selbst von Hause aus Politikwissenschaftler ist und sein Projekt mit Wohlwollen begleitete, sondern an die Vertreter der Opposition und die zweite Reihe des Regierungslagers. Hier wurde entweder der Vorwurf regierungsnaher

Gefälligkeitsforschung oder einer undifferenzierten Verunglimpfung als „rechts“ etikettierter Positionen bereitgehalten. Der Start des THÜRINGEN-MONITORS war für die Beteiligten also durchaus ein Wagnis.

Er erhielt allerdings methodischen Flankenschutz durch eine überwiegend aus Politikwissenschaftlern, darunter das Gründerteam des THÜRINGEN-MONITORS, zusammengesetzte Gruppe von Rechtsextremismus-Forschern, die sich im Jahr 2000 auf eine „Konsensdefinition“ des Rechtsextremismus verständigte. Dabei handelt es sich um eine operationale Definition, das heißt eine durch statistische Prüfverfahren abgesicherte Anleitung, wie Rechtsextremismus zu messen sei. Ihren Kern bildet ein Pool von Interviewfragen, die mit Hilfe von Faktorenanalysen als Indikatoren für das Einstellungssyndrom „Rechtsextremismus“ identifiziert wurden, ein Syndrom, das sich wiederum aus den fünf Facetten „Nationalismus und Chauvinismus“, „Fremdenfeindlichkeit“, „Sozialdarwinismus“, „Verharmlosung des Nationalsozialismus“, „Antisemitismus“ und „Unterstützung einer rechten Diktatur“ zusammensetzt. Die ‚Konsensdefinition‘ des Rechtsextremismus wurde zu einer weithin akzeptierten Grundlage der Rechtsextremismusforschung in Deutschland, und zwar nicht nur als eine Messkonvention für quantifizierende Untersuchungen, sondern auch als eine Nominaldefinition für Rechtsextremismus schlechthin. Insofern trug sie – zumindest für die beteiligten Forscher – zu einer Versachlichung der Debatte bei. Der THÜRINGEN-MONITOR berichtet seit 2001 jährlich über die Verbreitung rechtsextremer Einstellungen im Freistaat und deren Entwicklung im zeitlichen Verlauf.

---

### **3 Werturteilsfrei, aber nicht wertfrei: das Grundgesetz als Maßstab**

Obwohl mit der ‚Konsensdefinition‘ ein methodisch fundiertes Messinstrument vorlag, das insbesondere für Zeitvergleiche verlässliche Daten liefert, gab es und gibt es weiterhin öffentliche Kritik an den auf dieser Grundlage erzielten Befunden und deren Interpretation. Sie macht sich an dem Umstand fest, dass die Messung des Rechtsextremismus auf der Zusammenfassung einer Vielzahl von – im Fall des THÜRINGEN-MONITORS von zehn – Indikatoren beruht, die unterschiedliche, z. T. sehr hohe, Zustimmungswerte haben. Das heißt: Manchen Aussagen wird von einer Mehrzahl von Befragten zugestimmt, die nicht als „rechtsextrem“ klassifiziert werden können. Im THÜRINGEN-MONITOR gilt das etwa für die Aussage „Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland“, die der Facette

„Nationalismus und Chauvinismus“ zugerechnet wird und der im THÜRINGEN-MONITOR 2018 64 % der Befragten zugestimmt haben, während insgesamt aber „nur“ 20 % als „rechtsextrem“ identifiziert wurden. Obwohl die Zusammenfassung von Aussagen mit unterschiedlichen Zustimmungswerten zu einem Summenindex skalentechnisch in Ordnung ist, sind solche Sachverhalte einer mit diesem Verfahren nicht vertrauten Öffentlichkeit schwer zu vermitteln. „Versachlichung“, das heißt hier: eine methodisch aufwendige Absicherung von Befunden kann also die paradoxe Wirkung haben, dass Wissenschaftlern ihre Befunde nicht abgenommen werden. Dies gilt, wie die Leipziger und Bielefelder Mitte-Studien erleiden mussten, vor allem dann, wenn diese Befunde mit sehr weitreichenden Interpretationen verbunden werden.

Der Vorwurf lautet hier, dass Wissenschaftler\*innen selbst das täten, was sie bei ihren Probanden diagnostizierten: sie verwendeten negative Stereotypen. Das mag ungerecht sein, vor allem wenn man berücksichtigt, dass bei Index- und Skalenbildungen immer eine Mehrzahl von Indikatoren im Spiel ist, hat aber einen schwer aus dem Weg zu räumenden Kern: Die Begriffe, mit denen auf diesem Forschungsfeld operiert wird, sind z. T. extrem wertgeladen und prädestiniert für negative Stereotypisierungen. Wer will schon Rechtsextremist, gruppenbezogener Menschenfeind und Rassist sein oder auch nur in deren Nähe gerückt werden?

Als sich Karl Schmitt 2011, einige Jahre nach seiner Pensionierung, entschied, die wissenschaftliche Leitung des THÜRINGEN-MONITORS abzugeben, hatten sich er und sein Team erfolgreich durch das Minenfeld der Rechtsextremismusforschung gearbeitet – auch wenn es kritische Momente gab, in denen die Forschung des THÜRINGEN-MONITORS infrage gestellt wurde, weil seine Ergebnisse unerfreulich und seine methodischen Ansätze umstritten waren. Doch es gelang schließlich, die Kontinuität des Vorhabens zu wahren und seine Reputation zu mehren.

Als mich im Herbst 2011 die Nachfrage unseres Rektors erreichte, die wissenschaftliche Leitung des THÜRINGEN-MONITORS zu übernehmen, habe ich nicht lange gezögert und zugesagt. Es war dies die Zeit, als die Mordserie des NSU öffentlich bekannt wurde und Thüringen als das Revier in den Fokus geriet, in dem er seine Inkubationszeit verbracht hatte. Wie konnte das hier geschehen, wo doch Thüringen das einzige der ostdeutschen Bundesländer war, in dem seinerzeit keine rechtsextreme Partei in den Landtag gelangt war?

Die FSU war wegen ihres Lokalbezugs eine der ersten Adressen, an die sich die Öffentlichkeit mit ihren Fragen wandte, und der THÜRINGEN-MONITOR das sichtbarste und einschlägigste Langzeitvorhaben zur Rechtsextremismusforschung unter der Verantwortung einer Universität. Ich stand damit als

politischer Soziologe und empirischer Sozialforscher vor der Aufgabe, die Kontinuität des THÜRINGEN-MONITORS zu wahren, obwohl ich von Haus aus zwar Demokratie-, aber kein Rechtsextremismusforscher war. Als Methodenforscher konnte ich mich jedoch eindeutig am richtigen Platz fühlen: Die Fragen „Wie messen wir“ und „Was messen wir, wenn wir Rechtsextremismus messen?“ haben wir ganz am Anfang in einem Methodenprojekt beantwortet, das wesentlich unseren Anspruch begründete, die Messung des Rechtsextremismus auf eine neue sachliche Grundlage zu stellen. Der Hauptbefund unserer Methodenforschung, dass ‚Rechtsextremismus‘ im Sinne der Konsensdefinition tatsächlich aus den zwei deutlich distinkten Hauptkomponenten ‚Ethnozentrismus‘ und ‚Neo-Nationalsozialismus‘ besteht, bestimmt seither unsere Berichterstattung über den THÜRINGEN-MONITOR und wurde darüber hinaus von anderen Projekten übernommen. Es gab allerdings noch ein anderes, persönliches Motiv, das mein Engagement für den THÜRINGEN-MONITOR bestimmte: es war der Kick, auf dem Abenteuerspielplatz der Politik in einer Akteurs- und nicht nur in einer Beobachterrolle mitzuspielen, auch wenn dafür die Thüringer Landespolitik einen eher bescheidenen Rahmen bietet. Ich lernte allerdings bald, dass es hier als teilnehmender Beobachter manchen Puff zu ertragen und auf manchem schmalen Grad zu wandeln galt.

Eine frühe Erfahrung machte ich nach der Vorstellung des ersten von mir verantworteten THÜRINGEN-MONITOR im Jahr 2012, als mir einer meiner Kollegen aus der Soziologie berichtete, er habe aus den Reihen der damaligen Landtagsopposition eine Mail mit der entrüsteten Frage erhalten, was denn mit der Jenaer Soziologie los sei: ob sie nun anfangs, mit Totalitarismusthesen die Linke zu diskreditieren. Es stellte sich heraus, dass sich die Empörung an dem Befund entzündet hatte, dass eine relative Mehrheit der im THÜRINGEN-MONITOR identifizierten Rechtsextremen sich selbst auf der linken Seite des politischen Spektrums verortete. Was in den Reihen der Linken Empörung weckte, lenkte bei uns die Aufmerksamkeit auf Einstellungsparadoxa, Widersprüche und Ambivalenzen, die zu einem wiederkehrenden Thema unserer Berichterstattung über die THÜRINGEN-MONITORE wurden. Für die Linke wurde unser Befund bald als ein früher Hinweis auf ihr Dilemma bedeutsam, dass ein nennenswerter Teil ihrer potenziellen Klientel eher „rechte“ und sogar „rechtsextreme“ Positionen unterstützt, die nicht mit einer Öffnung von Grenzen und Sozialsystemen kompatibel sind. Nach den starken und immer noch anhaltenden Wählerbewegungen von der Linken zur AfD wurde, was Anlass der Empörung gewesen war, zu einem Anstoß kontroverser Debatten über die politische Strategie der Linken und mithin ein Grund, die einschlägigen Befunde der THÜRINGEN-MONITORE in anderem Licht zu sehen. Vor dem Hintergrund dieser Vorgänge war es mir bei der ersten Vorstellung